

Ressort: Lokales

Streit um Stahlfusion: IG Metall will klare Position von Kraft

Berlin, 02.05.2017, 18:30 Uhr

GDN - Kurz vor der NRW-Landtagswahl zeigt sich die IG Metall enttäuscht über mangelnden Rückhalt von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) angesichts der Möglichkeit von Werksschließungen im Zuge einer Stahlfusion von Thyssen-Krupp mit dem indischen Konzern Tata: "Ich bin sehr irritiert, dass Ministerpräsidentin Kraft nicht klar Position bezieht", sagte der frühere Gewerkschaftschef Detlef Wetzel, der die IG Metall im Aufsichtsrat der Stahlsparte von Thyssen-Krupp vertritt, der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung". "Wir erwarten, dass uns die Ministerpräsidentin sagt, wie sie über eine mögliche Stahlfusion denkt."

Kraft sitze schließlich auch im Kuratorium der Krupp-Stiftung, die der größte Anteilseigner des Konzerns ist. Wetzel mahnte, es gehe um die Zukunft eines Unternehmens mit über 20.000 Arbeitsplätzen in NRW. "Ein Gemeinschaftsunternehmen von Thyssen-Krupp und Tata hätte seinen Sitz mit großer Wahrscheinlichkeit nicht in NRW, sondern in der Steueroase Holland. Das kann nicht im Interesse der Landesregierung sein", sagte er. "Wir würden uns wünschen, dass die Ministerpräsidentin die Position der Arbeitnehmer vertritt. Alles andere muss sie politisch vertreten. Unser Standpunkt ist klar: Wir wollen keine Fusion und keine Standortschließungen." Wetzel fügte hinzu: "Wir befürchten, dass durch eine Fusion mit Tata vor allem Arbeitsplätze und Standorte in Deutschland und insbesondere in NRW in Gefahr geraten". Die Konzernführung um Vorstandschef Heinrich Hiesinger hatte zudem ein 500 Millionen Euro schweres Sparpaket angekündigt. "Wir befürchten, dass dem angekündigten Sparprogramm rund 4.000 Arbeitsplätze zum Opfer fallen könnten", so Wetzel. Zu einer Kundgebung am Mittwoch in Duisburg erwartet die IG Metall mehrere Tausend Stahlarbeiter. Anders als bei einer Demonstration vor einem Jahr steht die Ministerpräsidentin diesmal nicht auf der Rednerliste. Die NRW-Landesregierung sei durch Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) vertreten, teilte die Staatskanzlei auf Anfrage mit. Kraft erklärte: "Wir tauschen uns immer wieder eng mit Betriebsrat, Unternehmensleitung und Gewerkschaft über die aktuelle Situation aus und wir setzen uns dabei für eine gute Zukunft des Stahlstandorts Duisburg und der Arbeitsplätze ein."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-88817/streit-um-stahlfusion-ig-metall-will-klare-position-von-kraft.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619